

Medienmitteilung

BDP-Vorstösse zu den Vorsorgewerken

Teilweise Unterstützung durch den Bundesrat

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP) hat in der vergangenen Wintersession verschiedene Vorstösse eingereicht, die Lösungen zur langfristigen Sicherung der Vorsorgewerke aufzeigen. Eine nachhaltige Stabilisierung und Sicherung der Vorsorgewerke ist zwingend notwendig, damit auch künftige Generationen davon profitieren können.

Verschiedene Diskussionen um die Vorsorgewerke in der Schweiz zeigen immer wieder, dass politische und emotionale Aspekte die ökonomischen Fakten übertönen. Damit ist künftigen Generationen aber nicht geholfen. Die BDP hat deshalb schon verschiedene Zeichen gesetzt, welche den Realitäten Rechnung tragen und die teilweise auch unbequeme Herausforderungen beim Namen nennen. So hat sie bereits im März 2011 eine Schuldenbremse für die Sozialversicherungen gefordert und im September 2012 die Prüfung eines früheren Sparbeginns in der 2. Säule gefordert. In der Wintersession 2012 folgten weitere Vorstösse, die der Bundesrat inzwischen beantwortet hat.

Nicht zuletzt in der realistischen Annahme, dass das Rentenalter über kurz oder lang steigen wird, hat die BDP ein Massnahmenpaket gefordert, welches die Arbeitsmarktchancen für die ältere Generation verbessert. Der Bundesrat teilt diese Zielsetzung und empfiehlt die Fraktionsmotion der BDP erfreulicherweise zur Annahme.

Ebenfalls unterstützt der Bundesrat ein Postulat der BDP, welche die Einführung von Infrastrukturfinanzierungen als neue Anlageklasse für Pensionskassen prüfen will. Das Umfeld mit tiefen Zinsen und eher bescheidenen Renditen über alle Anlageklassen hinweg bedeutet für die Pensionskassen eine riesige Herausforderung. Der Zugang zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturen kann hier nicht nur zusätzliche und interessante Anlagechancen eröffnen, sondern ermöglicht unter Umständen auch eine gleichzeitige Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Mutlos hingegen ist die Haltung des Bundesrates zur BDP-Motion, welche die automatische Verknüpfung von Rentenalter und Lebenserwartung verlangt. Rational betrachtet führt kein Weg daran vorbei, dass sich das Rentenalter in Zukunft an der effektiven Lebenserwartung orientieren muss. Der Bundesrat versteckt sich hier hinter seinen „allgemeinen Leitlinien für die Reform der Altersvorsorge 2020“. Diese stimmen zwar in ihrer grundsätzlichen Stossrichtung, packen aber die effektiven Herausforderungen nur zögerlich an und dauern zu lange.

Wenn es die Politik mit ihren Versprechen für künftige Generationen ernst meint, dann muss sie bereit sein, auch unbequeme Fragen zu thematisieren und gerade in der Vorsorge nachhaltige Reformen anzustreben. Die BDP hat mit ihren Vorstössen gezeigt, dass hier durchaus mit ihr gerechnet werden kann. Sie wird diese Stossrichtung auch weiterhin hartnäckig verfolgen.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Hansjörg Hassler, 079 438 50 53

NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

28.02.2013